

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto: Betr. Anstalt, Dresden  
und Schöffle Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Postgebühren  
Nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707,  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentszeile  
30 Pf., die 30 mm breite Kompartimentszeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangelegen-  
heiten 40 Pf. Rabat. Für Briefvermittlung 10 Pf.

Nr. 292

Dresden, Donnerstag den 17. Dezember 1925

36. Jahrg.

## Die Große Koalition gescheitert

### Die Volkspartei will keine Reformen — Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

D. Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwochabend um 7 Uhr zu einer Besprechung der Verhandlungen über die Regierungsbildung zusammen. Die Beratungen dauerten bis 10 1/2 Uhr abends. Sie endeten mit einem mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß, der heute um 10 Uhr der interfraktionellen Konferenz überreicht wird und, den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend, erst dann im Wortlaut veröffentlicht werden soll. Der Beschluß stellt vor allem fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dem Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen „keine geeignete Grundlage“ für die Bildung einer Großen Koalition erblickt. Er erkennt gleichzeitig die eifrigen Bemühungen des Republikaners Koch um die Bildung einer in starkem Maße sozialistischen und republikanisch gerichteten Regierung an und führt die ablehnende Haltung schließlich zurück auf das Mißtrauen gegenüber der Volkspartei, das sich im Verlauf der Verhandlungen verfestigte.

Genauere und genauere Formulierung des Regierungsprogramms mußte von der sozialdemokratischen Fraktion als Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung betrachtet werden. Es war bei der Einstellung der Volkspartei sogar weiter erforderlich, bestimmte Wesenszüge ausgearbeitet und die Partei auf sie zu verpflichten, bevor eine Regierung der Großen Koalition überhaupt vor das Parlament trat. Der Abgeordnete Koch hat zweifellos versucht, der Sozialdemokratie weitgehend entgegenzukommen, aber auch er war infolge der Haltung der vorkoalitionären Vertreter nicht in der Lage, die Fassung seines Programms durch genaue Formulierung zu erreichen. Dabei wurde die Ablehnung der Beteiligung an einer Regierung durch die Sozialdemokratie selbstverständlich. Hätte sie das Gegenteil beabsichtigt und sich mit einer allgemeinen Regierungserklärung abgefunden, dann wäre der Augenblick nicht fern gewesen, in dem die Volkspartei unter dem Druck der Unternehmer versucht haben würde, eine einmündliche Zugeständnis nach dem andern abzurufen.

Nach diesem Berliner Bericht ist die Frage der Großen Koalition erledigt. Selbst wenn Herr Koch versuchen sollte, die Fäden der Verhandlung noch einmal aufzunehmen und fortzuführen. Die übergroße Mehrheit unserer Parteigenossen wird aufpassen. Alle Stimmen aus den Mitgliedschaften des Reiches liegen erkennen, mit welcher Skepsis, welchem Mißmut man auf der rechten wie auf der linken Seite unserer Partei den Verhandlungen über die Große Koalition entgegenah. Die Kritik verläuft sich. Dem durch die unsoziale Politik des letzten Kabinetts ausgebotenen Volke kann nur durch gründliche soziale Reformen geholfen, die Not kann nur durch großzügige Maßnahmen gelindert werden. Uebernahm die Sozialdemokratie in dieser Situation die Verantwortung mit, so mußte sie nicht nur die Versprechungen der andern Regierungsparteien, sondern sie mußte Garantien in der Tasche haben. Diese Garantien wurden von der Partei des Herrn Stresemann nicht gegeben!

Was die Sozialdemokratie forderte — Verstärkung der sozialen Fürsorge, erhöhte Erwerbslosenversicherung, Notstandsarbeiten, Demokratisierung der Verwaltung und eine entschiedene republikanische Politik im Innern — das war alles selbstverständlich und stellte unser Mindestprogramm dar. Nicht einmal das konnte die Volkspartei klar und deutlich akzeptieren. Sie ist eine öffentliche Erklärung dazu bis heute schuldig geblieben. Das wundert niemand, der diese nationalliberale Partei kennt und weiß, daß ihr Name eine Fälschung und ihr Programm die Geldsackinteressen der modernen Stinnes ist. Der Demokrat Koch mag den besten Willen gehabt haben, die sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen, aber Herr Koch ist nicht Herr Stresemann und nicht einmal Herr Stresemann ist die Volkspartei, sondern das ist jener Flügel, hinter dem die Kassenkräfte stehen.

In der demokratischen und in der Zentrumspresse rollt ein Grollen, weil sich die Sozialdemokratie „durch die Flucht der Verantwortung entziehe“, wie es in der Germania heißt und die Postische Zeitung schreibt: „Es ist tief bedauerlich, daß die Sozialdemokratie in dem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden hat, über an und für sich berechtigte Parteibedenken und sachlich nicht unbegründetes Mißtrauen hinwegzukommen, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit war. Die Sozialdemokratie wird sich dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie sich negativ eingestellt hat, wo positives Handeln am Platze gewesen wäre.“

Herr Georg Vernhard, dessen ehrliches demokratisches Ver- nicht angezweifelt werden soll und der sich in der Postischen Zeitung als Hauptmanager der Großen Koalition be- zeichnet, mag sich beruhigen. Die Sozialdemokratie wird diese Verantwortung vor ihrer Wählerliste zu tragen wissen. Es wäre besser, manche Leute im Zentrum und in der Demokratischen Partei dächten etwas schärfer darüber nach, warum die Sozialdemokratie, die in schwereren Zeiten sich mehr Verantwortung aufbürden ließ als richtig war, diesmal ab-

sagte, obwohl alle wissen, was gegenwärtig und was mit einer etwaigen kommenden reaktionären Regierung auf dem Spiele steht. Die Sozialdemokratie ist von der Volkspartei in mehreren Regierungsgemeinschaften berartig betrogen und um die vorher gemachten Versprechungen geprellt worden, daß dies gegenwärtige Exempel endlich einmal statuiert und wiederholt werden muß, solange die Volkspartei innerpolitisch die schwarzweiße Schieppentragerin der deutschnationalen Reaktion macht.

Welche Regierung jetzt kommt, ob ein Minderheitskabinet oder ein volksparteilich-deutschnationales — unsere Forderungen bleiben dieselben. Sie werden von uns in der Opposition mit schärferem Nachdruck erhoben und verfolgt werden, als es in einer Regierungsbeteiligung möglich gewesen wäre. Und welche Regierung immer kommen mag: die Forderungen der Sozialdemokratie werden den Parteien des Zoll- und Steuerzuges in den Ohren klingen, daß sie sich damit so oder so auseinanderzusetzen müssen. Die letzte Entscheidung werden die Wähler haben — vielleicht noch in diesem Winter!

### Warum die Verhandlungen scheiterten

#### Unsere Forderungen

D. Berlin, 16. Dezember. (Eig. Funkspruch.) In der Besprechung, die die Beauftragten der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, der Demokratischen Partei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei über den Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch am Mittwoch den 15. Dezember hatten, war von den Führern der Sozialdemokratischen Partei verlangt worden, daß sie die durch den Brief der Fraktion an den Reichspräsidenten zur Klarstellung aufgeworfenen Fragen genauer präzisieren möchten. Die sozialdemokratische Fraktion hat dann in der Besprechung der Parteiführer am Mittwoch den 16. Dezember in folgenden fünf Punkten genaue Formulierung zu dem Programmwurf unterbreitet:

1. Reichsgesetzliche Regelung der Fürtienabfindung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokratischen Antrages.

2. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien; schnelle Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen normalen Arbeitstages; Leistung von Nebenstunden nur nach tariflicher Vereinbarung. Ausnahmen in Fällen höherer Gewalt durch behördliche Regierung.

3. Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung durch partiellen Ausbau der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates.

4. Bis zur schleunigen Verabschiedung eines Gesetzes der Arbeitslosenversicherung: weitere Erhöhung der Unterstützungssätze, obligatorische Kurzarbeiterunterstützung, Aufhebung der Bestimmungen über die Begrenzung der Unterstützungssätze und Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Ausdehnung der Arbeitslosenfürsorge auf alle Angehörigen, die Landarbeiter und Hausangestellten, besondere Unterstützungsmaßnahmen für die Ausgesteuerten und die bisher von der Unterstützung nicht Erfassten.

5. Ermäßigung von Steuern: voran die Haus- und Grundsteuer, die Lohn- und Umsatzsteuer sowie die Verbrauchsteuer. Vermeidung der Ertragssteuern aus der Wertschöpfungssteuer für den Wohnungsbau, Offenlegung der Steuerlisten.

In Anschlag hieran wurde bemerkt: Wir zweifeln nicht daran, daß sich über die übrigen Forderungen eine Verständigung erzielen läßt, wenn in den vorstehend aufgeführten Punkten die Formulierung der sozialdemokratischen Fraktion akzeptiert wird. Da der nach der Ministerkonferenz geänderte Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch die eben wiedergegebenen sozialdemokratischen Mindestforderungen nicht enthält und das Verhalten der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei nicht gerade den Anschein erweckt, als ob diese es mit der Großen Koalition ernst meinten, nahm die sozialdemokratische Fraktion die Verhandlungen ab.

## Attentatsplan gegen Stresemann

### Komplot eines Halbkreuzlers und eines Deutschnationalen zur Ermordung des Außenministers — Zwei Verhaftungen

Aus Berlin wird gemeldet:

Die politische Polizei des Berliner Polizeipräsidiums hat zwei Angehörige rechtsstehender Parteien, den vorkoalitionären Sohn eines höheren Beamten namens Kaldorff, der in einem jüdischen Werk als „Arbeiter“ beschäftigt war, und den Bureauhilfen Lorenz, den Sohn eines Oberstudienrates, verhaftet. Beide planten gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein Attentat. Zusammen mit einem Dritten, der Maschinenflicker sein soll, haben sie die Einzelheiten des Planes genau besprochen und auch schon alle Vorbereitungen für ihre nach der Tat geplante Flucht, die im Flugzeug vor sich gehen sollte, getroffen. Die Polizei entdeckte den Attentatsplan durch einen Brief, den die beiden an einen Gesinnungsgenossen richteten, der aber doch vor der Durchführung des Planes zurückschickte. Die Polizei hat die Verhafteten bereits dem Richter zugeführt, der gegen beide Haftbefehle erlassen hat, da er bei der Vernehmung den bestimmten Eindruck gewann, daß beiden bei ihren politischen Ansichten und bei ihrer abenteuerlichen Laufbahn die verbrecherische Tat wirklich zuzutrauen ist. Kaldorff ist ein verbummelter Akademiker und gibt selbst zu, framer Anhänger Hitlers zu sein. Er betrachtet Stresemann als „Vollschädling“ und suchte nach Nordbuben, die mit ihm die Tat ausführen wollten. Lorenz gehört nach seinen eigenen Angaben vor dem Richter der Deutschnationalen Partei an. Daß er schon einmal im Zerkhaus war, hielt Kaldorff nicht ab, ihn für seinen Plan zu verwenden.

Dem Bekannthwerden eines Nordbuben gegen Stresemann ist die sensationelle Heberwindung von vornherein genommen, denn man erwartete allerorts dergleichen Bestrebungen. Wenn jetzt eine davon an den Tag kommt, so kann es sich nur darum handeln, ob sie erst zu nehmen ist oder mehr eine Spielerei einzelner Individuen. Nordbube ist wenig geliebt worden, wobei man sich allerdings ein wenig wundern mußte, daß man gerade Stresemann nationalpolitisch als ein so gefährliches Subjekt betrachtete, das nur durch „Mittel“ abgesehen ist. Interessant ist freilich, daß Stresemanns Name jetzt die Politik deckt, die durch Nord ihrer Träger getragen werden sollte. Erzberger unterzeichnete den Waffenstillstand, Gemordef, Rathenau begann mit Erfüllung- und Verständigungspolitik.

Gemordef, Stresemann unterzeichnet den Friedenspakt, Reif zum Norden. So ist die Logik der nationalpolitischen Politik, die sich als deutschnational, völkisch „befreiend“ drapiert. Dabei ist man schon mitten in der — Deutschen Volkspartei angelangt, die einst als „national zuverlässig“ galt. Erzberger war Zentrumsführer, Rathenau war Deutschnational. Stresemann ist Deutsche Volkspartei. Wo gibt es noch zuverlässige Kriegsfreunde und Monarchisten — wenn sogar schon die Hälfte der Deutschnationalen den Dawes-pakt verräterisch in Kraft setzt.

Man sieht, so gefährlich ist eigentlich Herr Stresemann nicht mehr, denn die Zeiten haben sich gewandelt. Deshalb schien die Nordbube gegen ihn auch nicht so heimtückisch und schürklich, nicht so auf den kritischen Erfolg gepußt zu sein. Den Wutäußerungen der Nationalistenfreie gegen den Außenminister wohnt eine gewisse „Ahnung“ inne, die auf etwas frampfhafte Mache abzielen lieh. So auch der Verurteilung des völkischen Abgeordneten kürzlich im Bayerischen Landtag. Aber das ist nur das äußere Bild. Was es verbirgt, kann man nicht wissen. Die zur Ausführung ernannten Nordbuben arbeiten still. Köhler: kann eine Aufdeckung zeigen, daß das nationalpolitische Nordbubenwerk geradezu wuchert. Die Tübinger von Honenorden, die sich freilich nicht gegen gegenwärtige Politiker, sondern gegen Veräter im eigenen Lager richteten, sprechen eine blutige Sprache.

Die Rechtsparteien mögen sich vorsehen! Ein Nordbube an den Unterzeichnern der Friedensabkommen würde heute den Krieg auslösen, den Krieg gegen sie! Stresemann ist kein Volksmann, kein Bohnbrecher der Veröhnung, nicht einmal politisch irgendwie zuverlässig. Aber geschieht ihm etwas, so würde das dem Rammensäger des Versöhnungspaktes gelten — und da ahnte ein Kuffommen durch das schaffende, das sozialistische Volk.

Es ist strengste Unterbindung der Nordbuben und Verurteilung der Kufführer zu fordern. Es muß aber auch den intellektuellen politischen Urhebern des Nordbubenwerk gelegt werden, die mit ihrer Reichspolitik die Nordbuben aufheben, aber im Hintergrund bleiben und zum Zerkhaus die Beziehungen und alle Verantwortlichkeit ablegen. Es ist eine Schmach, daß die Demokratie des deutschen Volkes sich immer wieder mit Schmutz, Gewalt und Blut beschmutzen lassen muß.

Dem muß mal ein Ende werden!